

# Sozialdemokrat

## Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik.

**Bezugsbedingungen:**  
Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post  
monatlich . . . 16.— Kz,  
vierteljährlich 48.— Kz,  
halbjährig . . . 96.— Kz,  
ganzjährig . . . 192.— Kz.  
Für Deutschösterreich monatlich 400.— öK, für Deutschland 40.— Mk.  
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh

1. Jahrgang.

Dienstag, 29. November 1921.

Nr. 76.

### Bereinigte Bourgeoisie.

Stinnes ist Sonntag bei Lloyd George zu Gast gewesen. Und wenn man den Berichten, die französische und englische Zeitungsleute verbreiten, Glauben schenkt, dann haben auf dem weltentrückten Landgut in Chequers gleichsam zwischen zwei Gebirgen für ganz Europa bedeutungsvolle Beratungen stattgefunden. Lloyd George, der Premier des sieghaften britischen Imperiums, hat mit Stinnes als Vertreter des deutschen Kapitals gesprochen — und Stinnes ist „zufrieden“ nach Berlin heimgekehrt. Als er nach England fuhr, da glaubte man, daß er um neue Kredite für Deutschland reise. Doch nicht Kredite für das Deutsche Reich, sondern Pläne hat er mitgebracht, Projekte, die von der New Yorker Börse über London, Berlin bis in die Schächte des Urals reichen.

Kredite wurden versprochen. Doch nicht das Reich, sondern die Industriellen sollen sie erhalten. Dafür aber fordert die englische Regierung und Bourgeoisie eine Beteiligung an der deutschen Industrie. Wie sieht nun diese Beteiligung, die des Herrn Stinnes Zufriedenheit erweist hat, aus? Der Bund der britischen Industriellen, der sich wahrlich nicht aus Erbarmen mit dem deutschen Volke, mit der Umwandlung der deutschen Reparationsverpflichtungen befaßt, trat mit folgendem Plane in die Öffentlichkeit: Deutsche Arbeit soll für englischen Geschäftsgewinn in der Höhe der englischen Kriegsschädigung dort geleistet werden, wo sie England wünscht, nämlich in Rußland. England ist so ähnl. von Deutschland Arbeit statt Geld zu nehmen, aber außer der Arbeitskraft des deutschen Proletariats will es noch das Eigentum an den Industriewerken in der Form von jedermann übertragbaren Vorzugsaktien an die Alliierten. Doch Deutschland ist nicht nur Englands Tributpflichtiger, es muß Frankreich, Amerika, Italien und einem Duzend kleiner Staaten die Kosten ihrer Kriegführung und noch viele Millionen dazu bezahlen. Um diese Millionen in seinen Besitz zu bekommen, muß es seinen Export ins Ungemessene steigern. Es muß gerade jene Waren ausführen, die Deutschlands Spezialitäten bedeuten, hochwertige Industrieprodukte. Und diese erzeugt es heute so billig, daß es die englischen Industriellen im Wettbewerb schlägt. Und deshalb fordern die englischen Industriellen, daß Deutschland nur solche Waren ausführen dürfe, die der englischen Industrie keine Konkurrenz bieten, Rohstoffe, Urprodukte und Halbfabrikate. Mit heuchlerischer Geste fordert der englische Industriellenbund in seiner Erklärung Anfangs die Herabsetzung des deutschen Tributs und endet mit der Forderung der Vernichtung der deutschen Industrie. Wenn Deutschland seinen Export, anstatt ihn zu steigern, senken sollte, müßte es hunderte seiner Fabriken sperren und da es dann seine ganze Industrie umstellen müßte, hunderte Werke auf- und umbauen. Aber in der Uebergangszeit würden zahllose qualifizierte Arbeiter auf die Straße gesetzt werden. Ist es überhaupt erwägenswert, Deutschland mit dem Plane der englischen Industriellen heimzusuchen? So etwa sieht die „Beteiligung“ der englischen Industrie aus: Deutsche Arbeitsprodukte sollen vom Weltmarkt ferngehalten, deutsche Fabriken zum Teil in fremde Hände übergehen und die deutsche Qualitätsindustrie vernichtet werden. Aber Herr Stinnes ist befriedigt. . .

Am 15. Jänner 1922 hat Deutschland wieder 500 Millionen Goldmark an die Entente zu zahlen. Die deutschen Kapitalisten verweigern dem Reich die Geldhilfe, sie selbst versuchen, im Ausland Kredite zu erlangen und scheuen kein Opfer, das —

### Die Krise im Bergbau.

Die Verhandlungen zwischen Unternehmern und Arbeitern resultatlos. — Ein Vermittlungsvorschlag der Regierung.

Die gestrigen Verhandlungen, die unter dem Vorsitz des Arbeitsministers Tucek zwischen den Organisationen der Bergarbeiter und Vertretern der Bergwerksbesitzer wegen Beilegung des Konfliktes stattfanden, sind resultatlos verlaufen. Ein Vermittlungsvorschlag des Ministers wurde von beiden Seiten abgelehnt, worauf beide Parteien ihre Stellungnahme zu Protokoll gaben. Aus der Stellungnahme der Bergarbeitervertreter ist zu entnehmen, daß sie bereit sind, eine 20prozentige Erhöhung der Produktion für das Mähr.-Ostrauer Revier bis 31. Jänner 1922 durchzuführen, unter der Bedingung, daß bis dorthin die Löhne und Gehälter unverändert bleiben. Die Unternehmer erklären, auf ihrem Standpunkt, die Gehälter und Lohnreduktionen im Sinne ihrer Auslegung — im November um 10 und im Dezem-

ber um weitere 10 Prozent — durchführen zu wollen, zu beharren. Daraus gab der Minister den Standpunkt des Ministeriums bekannt, daß bis Ende des Jahres der Status quo der alten Lohnverträge auch in Bezug der Gehälter aufrecht bleibt, daß aber demgegenüber die Herabsetzung der Kohlen- und Kokspreise derzeit nicht erfolge. Die Unternehmer bekundeten offen die Unlust, die Anordnung des Ministeriums zu befolgen. Von der Stellungnahme der Unternehmer zu dieser Anordnung hängt nunmehr ab, ob es noch diese Woche zum Streik kommt oder nicht. Die für gestern einberufene Reichskonferenz wurde mit Rücksicht auf den Umstand, daß die Verhandlungen im Ministerium bis in die Abendstunden dauerten, auf heute, Dienstag, vertagt.

### Ein ukrainisches Memorandum an alle Staaten.

Die ukrainische Volksrepublik ruft die Hilfe gegen Sowjetrußland an.

Wien, 28. November. Der ukrainische Pressedienst meldet: Der Geschäftsträger der ukrainischen Gesandtschaft in Berlin, Ministerresident Dr. von Smalstodhi, hat im Auftrage der ukrainischen Volksrepublik im Auswärtigen Amte sowie bei sämtlichen in Berlin akkreditierten diplomatischen Vertretern ein Memorandum überreicht, worin unter Hinweis auf die verhängnisvollen Folgen der Besetzung der Ukraine, Georgiens und Armeniens durch die bolschewistischen Truppen alle Staaten gebeten werden, im Interesse des wirtschaftlichen Wiederaufbaues der Welt und der Rettung der Völker des Ostens, gestützt auf ihre politischen und wirtschaftlichen Machtmittel, folgendes kategorisches Verlangen zu stellen:

1. Räumung der Ukraine, Georgiens und Armeniens durch die Okkupationsstruppen der Moskauer Sowjetregierung.
  2. Rückertattung aller Fabrikanlagen, sowie des Maschinen-, Transport- und Wirtschaftsmaterials.
  3. Unterstellung der Ukraine, Georgiens und Armeniens unter das Protektorat des Völkerbundes als Sicherung und Pfand für die Anerkennung der russischen Staatsfeinden vonseiten der Moskauer Sowjetregierung.
- Dem Völkerbunde würde die Aufgabe anheimfallen, die inneren Kräfte dieses Landes zu einem staatlichen Leben zusammenzufassen und durch Gewährung von Krediten vonseiten internationaler Syndikate die Industrie und Landwirtschaft wieder produktions- und exportfähig zu machen.

### Abstimmungspraktiken im Burgenland.

Wien, 28. November. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“.) Aus Oedenburg wird gemeldet, daß die ersten ungarischen Behörden, und zwar nach außen hin, das Militär zurückziehen, dafür werden aber sämtliche Funktionäre der ungarischen Komter, die nach Steinamanger zurückgezogen worden waren, jetzt in das Abstimmungsgebiet geschickt, um dort Beeinflussung der Bevölkerung zu betreiben. Namentlich ist die Fabrizierung von falschen Heimatschein in Schwung. Der in Oedenburg weilende österreichische Abstimmungskommissär, Steinacher, ist Freitag abends in einem Gasthaus von acht Gendarmen verhaftet worden, unter der Beschuldigung, mit dem Oedenburger Heimatdienst in Verbindung

zu stehen. Es wurde eine Leibesvisitation und Hausdurchsuchung bei ihm vorgenommen. Beide blieben ergebnislos. Samstag wurde er auf energisches Betreiben des Generals Ferraro freigelassen, der erklärte, er werde den ungarischen Vertreter nicht früher bei sich empfangen, als bis Steinacher freigelassen sei. Die interalliierte Generalkommission hat sich bei der österreichischen Vertretung entschuldigt und ihr mitgeteilt, daß der ungarischen Regierung schärfste Mißbilligung ausgedrückt worden sei. — Das christliche „Oedenburger Tagbl.“ wurde von der interalliierten Generalkommission auf zwei Tage eingestellt, weil es die Nachricht gebracht hatte, daß Österreich zerfalle und aufgeteilt werden würde.

wie das englische Beispiel zeigt — die deutsche Wirtschaft, welches das deutsche Proletariat zu bringen hat. Dem Reiche enthalten sie die Sachwerte vor. Bestenfalls werden sie ihm mit kurzfristigen Obligationen zu Hilfe kommen. Das sind jene Herren, die vor nicht gar so lange Deutschland, Deutschland über alles in der Welt gepriesen, und Gott beschwört haben, England zu strafen. Das Deutschland aber, dem nicht viel mehr als die Tüchtigkeit, die Verstreubigkeit des arbeitenden Volkes als Mittel zum Zweck gegenüber einem Wall von Passiven geblieben ist, hat noch einen schweren Kampf gegen seine Bourgeoisie zu führen, die sich nun mit den Bourgeoisien der Siegermächte gegen das deutsche Proletariat verbündet. Je mehr Deutschland ausgepreßt, je mehr es zum Frohndienst für die Entente getrieben wird, desto mehr ver-

schärfen sich die Klassengegenstände zwischen der Bourgeoisie, die sich den Siegern zugesellt, und denen, deren Arbeitskraft von der vereinigten Bourgeoisie aenüßt wird. Daß Stinnes mit Lloyd Georges über die Uebernahme der Reichseisenbahnen in Privatbesitz gesprochen hat, ist glaubwürdig. Manche Zeitungen wissen sogar von einem ungeheuren internationalen Eisenbahntrust, den Stinnes plant, zu berichten. Und in Berliner und Londoner Börsenkreisen wird das Projekt eines großen internationalen Trusts zur Ausbeute Rußlands mit Deutschlands technischer Hilfe erörtert. Während ganzen Börsen Abend und Zugrundegehen droht, winkt einer Nation, die sich nach Unmenschlichem verständigensinnig wiederfindet, neue Milliardengewinne: der Bourgeoisie.

### Was im Massengrab ruht.

Die veröffentlichten im Nachstehenden alle jene Anträge, welche von den deutschen Sozialdemokraten bei der Beratung des Staatsvoranschlages im Plenum der Nationalversammlung eingebracht wurden und die durch das Diktat der Petka von den Mehrheitsparteien samt und sonders dem Budgetausschuß zugewiesen wurde, welchen Anträgen also, wie wir bereits feststellten, auf ebenso einfache wie brutale Weise ein Massengrab bereitet wurde. Namentlich beim Lesen der wichtigsten dieser Anträge, die zum Teil grundsätzliche Forderungen jedes sozialdemokratischen Parteiprogrammes sind, halte man sich vor Augen, daß über sie sowie über die anderen mit Einwilligung der tschechischen Sozialdemokraten nicht einzeln abgestimmt wurde, sondern daß sämtliche Anträge en bloc dem Budgetausschuß zugewiesen wurden. Auf diese Weise entzogen sich die tschechischen Sozialdemokraten der unangenehmen Situation, die sich für sie bei der Abstimmung über jeden einzelnen dieser Anträge hätte ergeben müssen.

Von den politischen Anträgen.

erwähnen wir an erster Stelle einen Antrag des Abgeordneten Cermak und Genossen auf Vorlage eines Gesetzesentwurfes, durch welchen die veralteten Vereins- und Versammlungsgesetze aufgehoben werden und die volle und unbeschränkte Vereins- und Versammlungsfreiheit gewährleistet wird, ferner die Schaffung eines modernen Polizeistrafgesetzes und die Vorlage eines Gesetzesentwurfes, durch welchen die reaktionären, veralteten Bestimmungen des Polizeistrafgesetzes, insbesondere das Prügelpatent und das Schußgesetz aufgehoben werden.

Ferner: ein Antrag des Abgeordneten Dr. Czech und Genossen, die vom Senat beschlossene Vorlage, betreffend die Zusammenfassung der Landesverwaltungs-Kommissionen zu verhandeln und zu verabschieden, sobald sie noch im Laufe des heurigen Jahres Gesetzeskraft erlangt; Vorlage eines Gesetzesentwurfes, mit welchem die Vertretung der politischen Parteien im mährischen Landesausschuß entsprechend der bei den Gemeindevahlen abgegebenen Stimmen gesichert wird,

ein Antrag des Abgeordneten Fokl und Genossen, das Ständrecht in der Slowakei und Karpathenrußland unverzüglich aufzuheben,

ein Antrag des Abgeordneten Sackenberg und Genossen, die Gemeinde- und Nationalparlamentswahlen in allen jenen Gebieten zu veranlassen, in welchen sie bisher nicht durchgeführt wurden,

ein Antrag des Abgeordneten Dziel und Genossen, den Pajzwang aufzuheben, ein Antrag der Abgeordneten Deutsch und Genossen, die Auswandereragenturen unter schärfste Kontrolle zu stellen und bei der geringsten Beunruhigung zu schließen.

Die kulturellen Anträge.

Antrag des Abgeordneten Hillebrand und Genossen: „Die Regierung wird aufgefordert, eine Vorlage zu unterbreiten, welche auf folgenden Grundsätzen aufgebaut werden soll:

1. Jede Nation verwaltet ihr Schulwesen selbst.
2. Jede Nation besitzt ihre eigenen Schulbehörden, sowie eigene Schulberatungskörperschaften (Orts-, Bezirks- und Landesschulräte).
3. Die Vorlage ist auf dem Grundsätze der Trennung von Kirche und Schule auszuarbeiten.

Bis zur Gesetzgebung dieser Vorlagen wird die Durchführung des von der alten Nationalversammlung beschlossenen Schulverfassungsgesetzes stilliert.

4. Der Nationalversammlung innerhalb einer Frist von zwei Monaten das gesamte Material über die seit dem Bestande des Staates erfolgte Sperrung deutscher Schulen vorzulegen, welches dann einem vom Abgeordnetenhaus zu wählenden Aufsichtigen Ausschusse zur Prüfung, Berichterstattung und Antragstellung zu überweisen ist.

Ein Antrag des Abgeordneten Cermak und Genossen, den Gemeinden die Vorschüsse zur Bedeckung des Aufwandes für Minderheitenschulen zurückzahlen, sie für die Schulmietzins zu entschädigen.

Ein Antrag der Abgeordneten Keger, Taub und Genossen, jene Schulen unverzüglich wieder zu öffnen, die auf Grund des Erkenntnisses des Obersten Verwaltungsgerichtes vom 24. September 1921 als irrtümlich gesperrt anzusehen sind. Der mährische Landeslehrerrat ist zu beauftragen, mit der Ausschreibung von Kindern aus der deutschen Schule wegen angeblich tschechischer Nationalität sofort einzuhalten und aus diesem Anlasse keine deutsche Schule oder Klasse mehr zu sperren.

Ein Antrag der Abgeordneten Silkebrand und Genossen, allen Schülern der Volks- und Bürgerschulen die notwendigen Lernmittel und Schulbezüge unentgeltlich beizustellen und die Schulen durchgehend mit entsprechenden Lehrmitteln und Schulbibliotheken auszustatten.

**Die sozialpolitischen Anträge.**

Ein Antrag der Abgeordneten Dr. Czoch, Taub, Grünzer und Genossen, daß alle Staatsbedienstete und deren Witwen und Waisen, welche vor dem 31. August 1919 in den Ruhestand versetzt wurden, der Vorteile der Durchrechnung der Dienstjahre mit Wirksamkeitsbeginn vom 1. Jänner 1921 teilhaftig werden. Die untergeordneten Behörden sind streng anzuweisen, die Bestimmungen des Gesetzes liberal auszuliegen. Der Nationalversammlung ist noch im Laufe dieser Session eine Vorlage zu unterbreiten, durch welche allen Pensionisten eine automatische prozentuelle Anteilnahme an den Gehaltssteigerungen der Staatsangestellten gesichert und eine vollkommene Gleichstellung zwischen Alt- und Neupensionisten herbeigeführt wird.

Ein Antrag der Abgeordneten Grünzer und Genossen, auf Wiedereinstellung aller nach dem Umsturz aus politischen Gründen entlassenen, beurlaubten und pensionierten Beamten.

Ein Antrag der Abgeordneten Uhl und Genossen auf Unterbreitung einer Vorlage, welche die Einbeziehung der Land- und Forstarbeiter in die Unfallversicherung und die Arbeitslosenversicherung und in das Betriebsrätegesetz vorseht. Die bisher bestehende Dienstbotenordnung ist durch ein vom sozialen Komitee erfülltes Arbeiterrecht zu ersetzen. Die Inspektoren sind mit exklusiven Rechten auszustatten. Die zu schaffende Landarbeiterordnung darf die Rechtsverhältnisse der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter nicht unangenehm gestalten, als die der Industriearbeiter. Errichtung von Landarbeitergerichten nach dem Muster der Gewerbegerichte.

Ein Antrag der Abgeordneten Schäfer und Genossen, die Land- und Forstwirtschaftsbetriebe in die Gewerbebetriebe einzubeziehen, die Gewerbeinspektoren mit Vollzugs Gewalt für alle jene Angelegenheiten des Arbeiterschutzes auszustatten, die durch Gesetze geregelt sind. Zur Gewerbeinspektion sind über Vorschlag der Gewerkschaften auch Arbeiter zu berufen. Anstellung weiblicher Inspektoren.

Ein Antrag der Abgeordneten Kirpal und Genossen, die Kindergärtnerinnen und Sanitarbeiterinnen gleichzustellen. Der Antrag sieht die Einreihung der Kindergärtnerinnen in Gehaltsklassen und Gehaltsstufen in zwei Gruppen vor. Privatgärtnerinnen haben Anspruch auf die Vergünstigung dieses Gesetzes. Die Pensionsversicherung hat, insofern ein eigener Pensionsfond nicht besteht, bei der allgemeinen Pensionsanstalt für Angestellte zu erfolgen.

Ein Antrag der Abgeordneten Keger und Genossen auf Vereinheitlichung des gesamten Eisenbahnerrechts.

Ein Antrag der Abgeordneten Hausmann und Genossen, dem Abgeordnetenhause ein Verzeichnis der seit dem Umsturz entlassenen, präterierten, verfehlten oder sonstwie gemahregelten Bediensteten oder Beamten vorzulegen.

Ein Antrag der Abgeordneten Roscher und Genossen, diese Beamten unter Nachzahlung der zu Unrecht entzogenen Bezüge sofort in alle ihre Rechte einzuführen.

Ein Antrag der Abgeordneten Schwelchardt und Genossen, die geplante Novelle zum Gesetz über die Versorgung der Arbeitsbeschäftigten den Sachverhältnissen zur Begünstigung zu unterbreiten und die abgeänderte Novelle noch im Laufe dieser Session der Nationalversammlung vorzulegen.

Ein Antrag der Abgeordneten Schuster, Hausmann und Genossen, unverzüglich der Entwurf eines Gesetzes über die Beschlagnahme von Wohnungen der Nationalversammlung vorzulegen.

Ein Antrag der Abgeordneten Palme und Genossen:

**Die Regierung wird aufgefordert:**

1. Die Erhebungen betreffend jene Personen, welche durch die Vorfälle in Brattlk in Mitleidenschaft gezogen wurden, strengstens abzuschließen, die Unterstützungen für dieselben im höchstmöglichen Ausmaße zu bewilligen und auf die rascheste Art und Weise zu überweisen.

2. Der Nationalversammlung Bericht darüber zu erstatten, ob und in welchem Ausmaße die Hinterbliebenen nach den Erfahren des 4. März 1920 unterstützt werden.

Ein Antrag der Abgeordneten Fischer und Genossen, den Ausbau der Gewerkschaften aller Art, welche sich mit der gemeinschaftlichen Wasserversorgung befassen, und

den Ausbau des landwirtschaftlichen Versicherungswesens zu unterstützen.

**Zum Kapitel „Militär“.**

Antrag der Abgeordneten Uhl und Genossen: Die Regierung wird aufgefordert, im Sinne des § 1, Absatz 2 des Wehrgesetzes vom 19. März 1920, Nr. 193, Sammlung der Gesetze und Verordnungen eine Vorlage bezüglich Einführung des Wehrsystems auszuarbeiten und der Nationalversammlung ebemöglichst zur Beschlußfassung zu unterbreiten.

Ein Antrag der Abgeordneten Kaufmann und Genossen:

Das Ministerium für nationale Verteidigung wird aufgefordert:

1. Das Dienstreglement dahin zu ergänzen, daß bei jeder Unterabteilung ein Komitee bestehend aus drei durch die Mannschaft gewählten Vertretern eingesetzt wird. Dieses Komitee hat die Aufgabe, die Einhaltung der Dienstvorschriften zu überwachen, die Verpflegung, Unterbringung der Mannschaft und die richtige Auslösung der Gewehre zu kontrollieren und allfällige Anstände direkt dem Abteilungscommandanten zu unterbreiten.

2. Zu verfügen, daß das Militär zur Sicherheit und Ordnung im Innern des Staatsgebietes gegen die Petrowner bedien nicht verwendet werden darf.

3. Die Vorlage auszuarbeiten, mit welcher die Militärgerichtsbarkeit und alle Militärpersonen den ordentlichen Gerichten unterstellt werden.

Ein Antrag der Abgeordneten Kirpal und Genossen, alle Militärtaxpflichtigen, die im präsent adient haben, von der Militärtaxe zu befreien.

Ein Antrag der Abgeordneten Schuster und Genossen, das Genbarmeriesch den modernen Grundrissen entsprechend abzuändern und den Genbarmeren vollkommene Koalitionsfreiheit zu sichern.

**Zum Kapitel „Finanzen“.**

Ein Antrag der Abgeordneten Taub und Genossen, der Nationalversammlung einen

Entwurf zu unterbreiten, durch welchen die Kriegsanleihe voll eingelöst wird.

Ein Antrag der Abgeordneten Sirsch und Genossen, daß das Oberste Rechnungskontrollamt verpflichtet werde, den Rechnungsausschluß binnen neun Monaten berechnet vom Laufe des betreffenden Verwaltungsjahres der Nationalversammlung zu unterlegen.

Ein Antrag der Abgeordneten Schuster und Genossen, der Nationalversammlung noch im Laufe dieses Jahres eine Novelle der Vorlage betreffend die Investitions- und Verlehrsanleihe vorzulegen.

Ein Antrag der Abgeordneten Reutel und Genossen, das Schematzu organisieren.

**Dem Budgetausschuß zugewiesen wurden ferner:**

ein Antrag der Abgeordneten Bohl und Genossen auf Aufhebung der Pflanzsteuer.

Ein Antrag der Abgeordneten Häusler und Genossen, dem Parlament die genauen Berichte von den in Liquidation befindlichen Rentalen vorzulegen, den zur Ausfuhr von Getreide und Malz ausstehenden Ernteüberschuss als Kompensationsartikel von Weizen und Brotfrüchten zu verwenden und die Ausfuhr von Vieh auf das strengste zu verbieten.

Ein Antrag der Abgeordneten Uhl und Genossen, die Regierungsverordnung betreffend den autonomen Posttarif der Nationalversammlung zur Verhandlung zu unterbreiten.

Ein Antrag der Abgeordneten Dr. Haas und Genossen, die Entscheidungen des Obersten Gerichtes gleichzeitig mit der Ausgabe in tschechischer Sprache auch in deutscher Sprache zu veröffentlichen.

Ein Antrag der Abgeordneten Leibl und Genossen, in alternativer Zeit eine Lokalbahnvorlage dem Abgeordnetenhause vorzulegen.

**Die Dokumente über den Deutschen Osterputz.**

Wir berichteten schon kurz, daß der Berliner „Vorwärts“ Dokumente veröffentlichte, welche aufzeigen, daß die deutsche kommunistische Arbeiterschaft bei dem Osterputz das Opfer einer beispiellosen Gewissenlosigkeit der Moskauer Drahtzieher geworden sind, welche den Putz anbedenken, obwohl weder in der Stimmung der Massen, noch in den Verhältnissen die Voraussetzungen dafür vorhanden waren. Die Dokumente wurden der Kommunistin Alara Zetkin an der Grenze abgenommen und sie stellten Berichte der kommunistischen Führer und Unterführer Deutschlands an das Exekutivkomitee der dritten Internationale in Moskau über ihre Tätigkeit und Ergebnisse bei dem Märzputz in Sachsen dar. Die Echtheit der Dokumente wird von der „Roten Fahne“, Hauptblatt der Kommunisten zugegeben. Wir dem Hauptblatte der Kommunisten zugegeben. Wir bringen nachstehend einen Auszug daraus:

**Aus dem Berichte Lemds.**

Wir waren uns klar, daß eine Aktion in Deutschland niemals auslösen würde der Hörtlingische Erlass, sondern eine Provokation herbeiführen werden muß und daß der erste, der „erklärte erste“ Schritt von der gegnerischen Seite fallen mußte.

Nachmittags erfuhr ich, daß der Hölz bereits am Freitag in Halle war. Er fuhr geschlafen bei Paul Muschla. Am 18. fuhr Hölz abends gegen 6 Uhr 12 Min. nach Eisen. Nachdem Schumann Muschla mitteilte, daß er Hölz mit der Zentrale in Verbindung bringen solle. Schon am Montag waren seitens der KPD die ersten Schritte gemacht, nicht von der andern, sondern von unserer Seite. Das waren aber nur alles Plänelein.

Am 20. fand in Halle eine Sitzung der Oberbezirksleitung statt. Anwesend waren Vertreter aus sämtlichen Bezirken Mitteldeutschlands und M.-B.-Leiter. Dort wurde Bericht erstattet aus den einzelnen Bezirken. Die Stimmung war so schlecht und mies, daß man der Meinung war, es bedürfte künstlicher Mittel, um die Sache hochzubringen.

Am Mittwoch, den 23. nachmittags, war Oberlein, der kommunistische preussische Landtagsabgeordnete und Mitglied der kommunistischen Zentralleitung, (Red.) in Halle. Es fand eine Sitzung statt. Es wurde die Aktion durchgesprochen. Hugo Oberlein machte den Vorschlag, wenn wir keine Parole finden, dann sollen im Laufe der nächsten Tage die Genossen Lemd und Nowitz verhaftet werden, um so die halbesche Arbeiterschaft herauszulösen. Die populärsten Führer sollten verschwinden. Es sollten Märchen ausbreitet werden, wie man sie befreit hat und verhaftet werden. Durch Aktentate die Stimmung der Arbeiterschaft so aufzubringen, daß sie in den Kampf zieht.

Wir war einige Tage vorher die Mitteilung geworden, daß auf dem Thüringer Bahnhof in Halle ein Waggon 15-Pennimeter-Granaten, deklariert als „Zaunbrun-

nen“ nach Wildpark bei Potsdam, angekommen wäre und ein Waggon Infanteriemunition. Als ich dieses mitteilte, machte Oberlein den Vorschlag, wenn die Sachen noch da sind, dann werden beide Waggon in die Luft gesprengt. Wir brinnen dann morgen im „Klassenkampf“ (das kommunistische Blatt in Halle, Red.) noch den Bericht: Durch Unvorsichtigkeit die Munition der Kominternrevolution in die Luft geflogen, die Wohnungen der Arbeiter zusammengeknallt, hundert Arbeiter sind tot. Wenn das nicht wahr ist, widerrufen wir es nach einigen Tagen. Ich wurde sofort von Oberlein beauftragt, mit den führenden Genossen unserer Sprengkolonne in Verbindung zu treten und dann in der Nacht die Sachen hochgehen zu lassen.

**Aus dem Bericht Nowitzky's.**

... Bis dahin war in Mitteldeutschland auch noch nicht ein Betrieb von der Sipo befehrt worden, und die gegnerischen Berichte, wonach die Leuna-Werke von Sipo besetzt gewesen seien, entbehren jeder Grundlage. Das Leuna-Werk ist durch Sipo erst befehrt worden nach der Beschiebung am Mittwoch, den 30. März. Genosse Hugo machte nunmehr den Genossen der KPD verschiedene Vorschläge, wie eine wirksame Parole unter den gegebenen Verhältnissen erschaffen werden könne. Er gab den offiziellen Auftrag, das Munitionsdepot in Seelen und einige Stunden darauf, um die Wechselwirkung glaubhaft zu machen, das neuwertigere Grundstück der „Produktivgenossenschaft“ in die Luft zu sprengen. Einigen Zufällen ist es zuzuschreiben, daß beide Aufträge nicht zur Durchführung gelangen konnten. Ferner wurde folgender Plan in Erwägung gezogen: Der Genosse Lemd und ich sollten uns bereitstellen, um für einige Zeit von Halle spurlos zu verschwinden. Der Plan war folgendermaßen geordnet: Es sollte in der Nacht durch einige Streiktrupp eine lebhaftere Schließerei, möglichst auch mit Handgranaten, an einigen Punkten der Stadt einleiten. Es sollte dann die Meldung verbreitet werden, der Genosse Lemd sei bei den Kämpfern schwer verwundet und durch Sipo oder Orgelsh-Pente im Auto verschleppt worden, unbekannt wohin. Eine ähnliche Komödie sollte mit meiner Wenigkeit auszuführen werden. Da unsere Namen bei der Arbeiterschaft einen guten Klang haben, so erhoffte man dadurch ein gutes Aufheben der Gemüter und einen spontanen Ausbruch des Generalstreiks.

In der Nacht noch wurde der Auftrag gegeben, von welcher Seite weiß ich nicht, da der erneute Anschlag wieder nicht geklappt hatte, das Gebäude der „Produktivgenossenschaft“ unter allen Umständen zu sprengen, ganz gleich ob am Tage oder in der Nacht. Die Bezirksleitung hat sich jedoch im letzten Augenblick ganz energisch gegen diesen Wahnsinn verwahrt und ich erhielt persönlich den Auftrag, durch Vermittlung des

Genossen Schneiderwind, den mit der Durchführung beauftragten Genossen abzufangen und dieselbe zu verhindern. Dies gelang mir auch. Bei der Durchführung am Tage wären ungefähr zwanzig unserer besten Genossen ein Opfer dieses Anschlages geworden, welche Bedenken aber von dem Genossen Hugo in der Nacht vorher mit einer Handbewegung abgetan wurden.

**Inland.**

Herr Dhl droht dem Präsidenten Masaryk. Der nationaldemokratische Abgeordnete Viktor Dhl hielt am Donnerstag auf der Sophieninsel in Prag eine von der jungen Generation der nationaldemokratischen Partei veranstalteten Versammlung eine Rede, die sich mit den Bestrebungen, eine tschechisch-deutsche Koalition herbeizuführen, befaßte. Er wandte sich gegen den bekannten Artikel des Studenten MacL. Vor allem aber beschäftigte er sich mit den letzten Ausführungen Dains im „Cas“. Er erklärte, von einer zweiten Schweiz könne hier keine Rede sein. Diejenigen, die im Kriege gefallen sind, sind nicht gestorben, damit bei uns eine zweite Schweiz aufgerichtet werde. Weiters erklärte er, daß die Politik des Stadtschmied bei der Durchberatung der Verfassungsgesetze einen Druck ausübte, damit den Deutschen kein Unrecht geschehe. Lieber wollte man den Tschechen selbst Unrecht zufügen. Wenn die Kravalle in der Öffentlichkeit fortschreiten (die Vorbereitung des geächteten Zusammenstehens der Bürger dieses Staates nennt Dhl die Erzeugung einer Kravalle in der Öffentlichkeit, Num. d. Red.) so werde dies zum Verderben auschlaagen. Die Unterstützung dieser Richtung würde die Koalition bedrohen. Einer solchen Politik könnte weder ich noch unsere Partei ruhig zusehen. Auch der helle Präsident ist immer noch gerinore als die Revolutions. Wenn es zu einer Politik in diesem Staate kommen sollte, die den Frieden im Lande ermöglicht, droht Herr Dhl, der seinen imperialistischen Machttraum bedroht sieht, mit der schärfsten Agitation, die auch vor der Person des Staatsführers, des Präsidenten Masaryk, nicht zurückweichen wird. Die Chauvinisten sind eben in allen Staaten deren Bestand und dauerndem Gedeihen gefährlich. Es wird die Sache aller Unverbesserten sein, zu verhindern, daß die verderbliche Agitation Dhs auf fruchtbaren Boden falle, die Konsoolidierung der inneren Verhältnisse dieses Staates verhinere und durch ständige Aufreizung der Agitation im Innern schließlich auch seinen Bestand gefährde.

Was wir bezahlen müssen. Am heutigen Frühjahr gab Minister General Duloz zu Ehren der Militärrattachees in der Restauration „Jabrel“ ein Dinner und der Restaurateur legte eine Rechnung von 6581 K vor oder 330 K pro Person für die Ausschmückung einer Tafel von 20 Gedecken wurden Blumen im Werte von 1034 K verwendet.

Englisch für die Sanierung Oesterreichs durch die Nachfolgestaaten. Ueber die Hilfe für Oesterreich schreibt in einem Artikel der Sonntagsnummer der „Lidove Noviny“ der ehemalige Finanzminister Englisch. Er erklärt, daß das Herabsinken der österreichischen Valuta auf Null den österreichischen Staat zur Naturalwirtschaft und damit zur Aufnahme der kommunistischen Wirtschaft zwingen würde. Dies zu verhindern sei vor allem das Interesse der Nachbarstaaten, die in die Katastrophe Oesterreichs hineingezogen werden würden. Durch eine bloße Geldanleihe könne Oesterreich nicht geholfen werden. Da sich die große Entente mit der Lösung des österreichischen Problems allzuviel Zeit läßt, müssen wir und alle Nachfolgestaaten Oesterreich in seiner wirtschaftlichen Not beifpringen. Denn nicht nur wir haben das Interesse, nicht in die Katastrophe miteingegriffen zu werden, sondern wir müssen auch darüber wachen, daß die Ergebnisse der Friedensverträge erhalten werden. Das Problem läuft auf die Aufgabe hinaus, für Oesterreichs Bewohner eine neue Erwerbökonomie zu schaffen. Die Erwerbökonomie, die ihm die anderen Staaten eröffnen können, kann nur bestehen in der Schaffung von Arbeitslocoenheiten für das Ausland. Mit der Zeit wird zu diesem Zwecke eine Finanzanleihe geboten werden müssen, die aber zur Bedingung hat, daß Oesterreich finanz- und währungsrechtlich alles tue, was in seiner Macht steht und sich in dieser Hinsicht der Kontrolle der ihm Hilfe leistenden Staaten unterwirft. Es muß aber rasch gehandelt werden.

**Ausland.**

Die Wahlen in die belgischen Provinzialräte wurden unter vollständiger Aufsicht durchgeführt. Die endgültigen Ergebnisse werden nicht vor Mittwoch bekannt sein.

**Wie sie abrüsten!**

London, 28. November. (Reuter.) „Times“ berichten aus Tokio, daß mit dem Bau des Schlachtskreuzers „Atago“ mit einer Tragfähigkeit von 41.000 Tonnen begonnen wurde

# Die Einheitsfront der Privat-angestellten.

Der Zwang der Verhältnisse, das Bestreben, der Einheitsfront der Unternehmern auch eine Einheitsfront der Privatangestellten gegenüberzustellen, fand schon bei dem Wiener Kongresse des Internationalen Bundes der Privatangestellten, Sitz Amsterdam, welcher im August d. J. tagte, allseitiges Verständnis und volle Zustimmung. Diese ihrer Ueberzeugung sichtbaren Ausdruck gebend, unterzeichnete die in Wien vertretenen Organisationen, und zwar sowohl die der Prager Gewerkschaftskommission als auch die der Deutschen Gewerkschaftsbünde, Sitz Reichenberg, angeschlossenen Angestelltenverbände ein in diesem Sinne gehaltenes Uebereinkommen.

In Ausführung dieses Wiener Uebereinkommens traten nun die Vertreter der beteiligten Organisationen, und zwar: der Zentralverband der Handels- und Industrieangestellten der tschechoslowakischen Republik, Sitz Prag, der Zentralverband der Berufsangeestellten, Sitz Prag, Bund der Industrieangestellten der tschechoslowakischen Republik, Sitz Prag, Zentralverband der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr, Sitz Tepliz-Schönau, Allgemeiner Lehrmeister- und Industriearbeiterverband, Sitz Reichenberg, Verband der Bergbau- und Hüttenangestellten, Sitz Tepliz-Schönau, am 26. November 1921 in Prag zu einer gemeinsamen Aussprache zusammen. In der eingehenden Erörterung, an welcher die Vertreter aller anwesenden Organisationen regen Anteil nahmen, kam der übereinstimmende Wille nach Schaffung einer Einheitsfront der gesamten freigewerkschaftlich organisierten Privatangestellten der tschechoslowakischen Republik erneut zum Ausdruck. Das Ergebnis der Aussprache wurde in einer einstimmigen angenommenen Entschließung zusammengefasst, nach welcher vor allem eine „Zentrale Exekutive der Angestelltenverbände der tschechoslowakischen Republik“ zu errichten ist.

Diese Zentrale Exekutive soll es in erster Linie ermöglichen, ein einheitliches Vorgehen der in derselben vertretenen Verbände in allen sozialpolitischen, wirtschaftlichen und allgemeinen Organisationsfragen der Privatangestellten herbeizuführen. Insbesondere hat sich die Zusammenarbeit der Verbände zu erstrecken auf alle sozialpolitischen und wirtschaftlichen Aktionen, Vertretungen und Körperschaften u. dgl. Außerdem obliegt auch der Zentrale Exekutive, die Vorbedingungen für die möglichste Vereinheitlichung der organisatorischen Einrichtungen der einzelnen Verbände zu schaffen. Für die Durchführung dieses gefassten Beschlusses wurde zunächst ein vorbereitender Ausschuss eingesetzt, in welchem jeder der genannten sechs Verbände durch je einen Delegierten vertreten ist. Dieser Beschluss gelangte bereits am Sonntag, den 27. November 1921, in einer Vollziehung des Prager Arbeitsausschusses, an welcher auch die vorgenannten drei, der Vereinigung der Angestelltenorganisationen mit dem Sitz in Reichenberg angeschlossenen Verbände teilnahmen, zum Vortrage und nach eingehender Debatte zur einstimmigen Annahme.

Diese Tagung und der auf derselben gefasste Beschluss bilden einen Meilenstein in unserer

freigewerkschaftlichen Privatangestellten-Bewegung. Er führt zu einer Einheitsfront, welche unerlässlich ist, um der geschlossenen Macht des Unternehmertums wirksamer begegnen zu können. Aufgabe aller Privatangestellten ist es, diesem Gedanken zum allgemeinen und verlustlosen Durchbruch zu verhelfen und auch selbst mitzuwirken an der Verwirklichung dieses großen Zieles!

## Bestattung des Genossen Raudnig.

Gestern nachmittags wurde der Körper des verstorbenen Genossen Professor Dr. Robert Raudnig im Prager Krematorium den Flammen übergeben. Eine schlichte, doch tief ergreifende Trauerfeier ging voran. In der Halle des Krematoriums war der Sarg, der den Leichnam des teuren Dahingeschiedenen barg, aufgestellt. Bedeckt von einem schwarzen Bahrtuche trug der Sarg, der von brennenden Lichtern flankiert war, als einzigen Schmuck einen Kranz roter Nelken. Zu beiden Seiten des Sarges standen sozialistische Akademiker Spalier mit roten Nelken im Knopfloch. Von der Hochachtung und Liebe, deren sich Raudnig durch seine treue Parteigeistigkeit, sein hohes wissenschaftliches Wirken und sein vorbildliches Leben als Mensch zu erfreuen hatte, legte die große Zahl der Teilnehmer und ihre ehrliche Trauer um den braven Menschen, den uns der Tod geraubt, Zeugnis ab. Neben einer großen Anzahl von Parteigenossen und Freunden des Verbliebenen waren erschienen: zahlreiche Ärzte und Professoren, an ihrer Spitze der Rektor der deutschen Universität Mayer-Harting, weiter mehrere deutsche und tschechische Mitglieder der Gemeindevertretung von Prag und den Vororten mit dem Bürgermeister Dr. Boga, ferner Abgeordnete und Senatoren verschiedener deutscher und tschechischer Parteien.

Unter feierlicher Stille wurde die Trauerfeier durch den auf der Orgel des Krematoriums gespielten Pilgerchor aus „Thannhäuser“ eröffnet. Dann trat Genosse Dr. Strauß an den Sarg heran, um im Namen der Partei der Verdienste des Verstorbenen zu gedenken. Er hob hervor, daß der Verbliebene es verstanden habe, scharfe Kritik der bestehenden Verhältnisse mit aufbauender Arbeit zu verbinden. Tausende proletarische Mütter, deren Kinder seiner Behandlung anvertraut waren, werden seiner in Liebe und Dankbarkeit für die Aufopferung, mit der er als Arzt wirkte, gedenken. Als Mann der Wissenschaft ist Raudnig stets für die Freiheit des Gedankens und der Befreiung der Schule von aller kirchlichen Bevormundung eingetreten. Auf diesem Wege kam er zur Sozialdemokratie. Wenn es ihm auch nicht lange vergönnt war, für die Partei zu wirken, so war doch sein ganzes Leben von jenem höchsten Idealismus erfüllt, der die sittliche Grundlage der proletarischen Bewegung ist. Wir werden seiner stets liebevoll gedenken!

Namens der Stadtgemeinde Prag rühmte Stadtverordneter Riech die Verdienste des Verstorbenen um die Stadt Prag, die er liebte, wie wenige.

Genosse Dr. Bloch sprach namens des deutschen sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs von Groß-Prag. Er hob hervor, wie viel Anregungen der Verstorbene in den Sitzungen des Klubs vorgebracht hatte und in wie uneigennützig, von jeder Demagogie freien Weise er für die städtischen Angestellten einge-

treten ist, obwohl er wußte, daß die tschechischen Angestellten der Stadt Prag niemals seine Wähler sein können.

Es sprachen dann noch: für die deutsche Universität der Dekan der medizinischen Fakultät, Prof. Zeynek, für den deutschbürgerlichen Gemeinderatsklub Dr. Sedláček, für die freie Vereinigung sozialistischer Akademiker Genosse Wähle, für den Deutschen Freidenkerbund Prof. Wahrund, für die tschechischen Freidenker Pollak und ein Vertreter des von Raudnig errichteten Kinderambulatoriums.

Es wurde nun ein Männerchor vorgelesen, worauf die Orgel das „Lied der Arbeit“ anstimmte. Was nun folgte, riß alle Trauergäste zu tiefster Ergriffenheit hin. Während die Orgellänge des „Liedes der Arbeit“ den Raum durchdrang, setzte sich der auf Schienen ruhende Sarg mit dem Leichnam des Verstorbenen in Bewegung und glitt langsam dem schwarzen Vorhang zu, der den Verbrennungssaal von der Halle abschließt. Lautlos verschwand der Sarg hinter dem Vorhang für immer.

Die Familie des Genossen Raudnig ersucht uns um Abdruck nachstehender Dankagung:

Außer Stande, jedem Einzelnen besonders zu danken für die Beweise der Anteilnahme nach dem Tode des Professors Dr. R. W. Raudnig, Mitglied des Stadtrates und des Stadtverordnetenkollegiums der Stadt Prag danken auf diesem Wege die Hinterbliebenen.

Der Bürgermeister der Stadt Prag Dr. Boga hat an den Klub der deutschen sozialdemokratischen Gemeindevertreter nachstehendes Beileidsschreiben gerichtet:

Geehrte Herren!

Gestatten Sie, daß ich Ihnen namens des Präsidiums der Hauptstadt Prag und im eigenen Namen mein herzlichstes Beileid über den schmerzlichen Verlust, welchen der geehrte Klub durch das Ableben ihres verdienstvollen Mitgliedes, des Herrn Professor Dr. R. W. Raudnig, Mitglied des Prager Stadtrates und des Stadtverordnetenkollegiums, erlitten hat, zum Ausdruck bringe. Alle, welche Gelegenheit hatten, mit dem Verbliebenen zu arbeiten, werden stets in Ehren seines lieben und kollegialen Wesens sowie Eifers gedenken, mit welchem er sich den Fragen der Öffentlichkeit und den Interessen der Prager Gemeinde gewidmet hat.

## Tages-Neuigkeiten.

Wilhelm Pfannkuch 80 Jahre alt. Die sozialdemokratische Arbeiterzeitung Deutschlands, insbesondere der Arbeiter von Cassel, feierten am 28. November den achtzigsten Geburtstag eines der hervorragendsten Vorkämpfer des sozialistischen Gedankens, den achtzigsten Geburtstag Wilhelm Pfannkuchs. Pfannkuch, als Achtziger ein rüstiger Mann voll Lebenskraft, war Anfangs der sechziger Jahre als wandernder Tischlergeselle nach Berlin gekommen. Von Lassalles Vereinfachung zum Vereinfachungskampf der Arbeiterklasse begeistert, wurde Pfannkuch bald selber einer der bekanntesten Agitatoren der jungen sozialdemokratischen Bewegung, die damals vom Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein geführt wurde. Wir finden ihn, der auch an der Wiege der deutschen Gewerkschaftsbewegung in Berlin im Jahre 1868 bedeutenden Anteil nahm, im Jahre 1869 auf der Ebersfelder Ge-

ein Graf als einfacher „Scholz“, urmündlicher Kinder als phantastische „Sasha“ und „Simba“ und ein Zuchthausler als Kriminalkommissär. Diese Wesen des Scheines und der Verrentung, unter ihnen ein nach „Leben“ hungriger und es in der Luft der Hochstaperei suchender Knabe, schlingen sich wie Arabesken um die vier Hauptträger der Handlung; um den Morallosen, den alzu Moralischen, die große Dirne und das liebende Weibchen, und bunt verflochtenene Arabeske ist auch die mit Gedankenblitzen und blendenden Wendungen überfrachtete Sprache.

In dem, in der Handlung, den Menschen und ihren Worten steckt etwas Restrovich-Barodes und darum verzichtete die Reue auf Wesentliches, wenn sie das reiche Rankenwerk des Stückes in einen stilisiert einfachen, ja dürftigen Rahmen stellte. „Zeit“ kann man einem Werke nicht anpropfen, sondern er muß aus ihm hervorbroschen. Die von Hans Demuth dargebotenen Einsiedlerstellen aber widersprechen diametral der den Sinn des Dramas zusammenfassenden Schlußfolgerung des Marquis: „Das Leben ist eine Rutschbahn“, also ein unsäglich tolles, aus Partheit und Widerspruch zusammengesetztes Ding. Tod und Trennung, Liebesbetra und geschäftliche Niederlage haben diesen Eindruck, daß das Leben unsäglich lächerlich ist, noch zu erhöhen. Regie und Schauspiel hingen taucht in diese höchsten Steigerungen des Grotesken in ein bald rührfames, bald predigerhaftes, bald ernstgemeintes Pathos. Mühte schon umstilisiert werden, so hatte es nach Restrov, nicht

neralversammlung und auf dem Eisenacher Kongress, wo er der Zersplitterung der Bewegung entgegenwirkte. Immer noch Tischler in der Eisenbahnwerkstatt von Cassel, wo Pfannkuch allmählich die populärste Persönlichkeit geworden war, wurde er ein Opfer der Verfolgungen, die das Sozialistengeheiß allen sozialdemokratischen Führern brachte. Er verlor seine Arbeitsstelle — kandidierte und wurde im Jahre 1884 in den Reichstag gewählt, dem er mit Unterbrechungen bis zur Revolution angehörte. Am 6. Februar 1919 hatte der Hochbetagte das Glück, als Alterspräsident die Nationalversammlung zu eröffnen, die Deutschland die republikanische Verfassung gab. Seit 1900 ist Pfannkuch in der Berliner Stadtverordnetenversammlung, wo er schon Großes geleistet hat. Im Jahre 1893 schon wurde er Sekretär des sozialdemokratischen Parteivorstandes, dem er bis heute angehört. Auf allen Posten hat Pfannkuch, ausgestattet mit einer riesigen Arbeitskraft, unerwähnt für die Arbeiterbewegung gewirkt. Tiefe theoretische Kenntnisse, eine glänzende Rednergabe und ein hohes organisatorisches Talent befähigten ihn für eine der ersten Führerstellen in seiner Partei. Wir, auf dem Wege von der sozialdemokratischen Partei Deutschlands und damit auch von Pfannkuch getrennt, grüßen und beglückwünschen nichtsdestoweniger ihn, den Achtzigjährigen, mit dem uns die Gemeinamkeit des Zieles verbindet, für das er zwei Menschenalter hindurch vorbildlich arbeitet und kämpft.

Der Wucher mit Büchern. Vor einigen Tagen haben wir den Wucher beschrieben, welchem die Bücherkäufer in der Tschechoslowakei ausgesetzt sind. Die große Spannung zwischen tschechischen Kronen und Reichsmark hat die Möglichkeiten, das Publikum auszubeuten, noch vermehrt; im holden Verein mit dem Reichswirtschaftsrat beschloß die Buchhändlerorganisation einen Umrechnungsfuß, welcher den Markpreis tatsächlich auf das zweieinhalb- bis dreifache erhöht. Die verschiedenen Begründungen mit Valutaanschlag, Postkosten, Zoll auf Bilderbücher u. dgl. erbringen bloß ein höchst ansehnliches Alibi, tatsächlich erweist sich die Organisation mit ihrem vom Reichswirtschaftsrat gebilligten Beschlüssen als ein Trübsal zur Preistreibererei. Und hier ist der Punkt, wo die Kritik am scharfsten einsetzen muß. Denn dieser büchervertreibende Kapitalistenbund setzt sich nicht aus freiwilligen Mitgliedern zusammen, sondern er zwingt jeden Buchhändler, ihm beizutreten und seine Beschlüsse pünktlich auszuführen. Auch die sozialistischen Parteibuchhandlungen, die gewiß den Wucher mit geistiger Nahrung aus entschiedenste verdammen, müssen der Organisation angehören und den wucherischen Umrechnungskurs einhalten, sonst drohen ihnen Boykott, Verweigerung der Lieferungen und andere Maßnahmen, die ihren Betrieb lahmlegen. Der gute Wille des einzelnen vermag nichts, das kapitalistische Zwangsartell vergewaltigt ihn und es ist seiner Sache sicher, weil die deutschen Verlegerartelle von genau dem gleichen Geiste verleitet sind. Die Ware, die sie vertreiben, Bücher, also die Geistesfrüchte der Gelehrten und Dichter, dient ihnen dazu, sich mit dem Gewande der Kulturförderung zu drapieren, tatsächlich sind sie heute gewissenlose Wustfänger am Leibe der Kultur. Die Schriftstellerverbände, voran der Berliner „Schutzverband“, sind genötigt, einen ununterbrochenen, verzweifeltsten Kampf um die materielle Existenz der Schreibenden zu führen. Von

nach Stefan George hinüber zu geschehen. Der grundlegende Mithrasrit verurteilte die sorgsam angelegten Leistungen Wenzel Hoffmanns (Marquis), Renne Görtings (Dirne), Souff Reiners (Weibchen) und Wilhelm Seims (Scholz) zu unverdienter Wirkungslosigkeit. Statt sich von der traurigen Verurteilung des Lebens durch Weissagungen zu befreien, sahen die Leute bei den Altstücken verächtelt da wie in einer Kirche. Wenn nichts, so müßte diese durch weichevolle Beleuchtungsaffekte verführte Veräulterung des Publikums Herrn Demuth die vom Expressionismus verlebten Augen öffnen. K.

## Aus Prager Konzerten.

Die zwei bedeutendsten Konzerte der ersten Novemberhälfte danken wir der Prager Konzertdirektion: den „Meisterabend“ des Geigers Felix Kreisler und jenen des Baritonisten Paul Bender. Von Kreislers außerordentlicher Geigenkunst scheint das Prager Publikum so gut wie keine Ahnung gehabt zu haben, sonst hätte der Lucernersaal ein ehrenvollerer Besuchsbild geboten. Und Kreisler ist doch in Wahrheit ein ganz großer Künstler, nicht nur als Meister der Technik seines Instrumentes; denn die wenigsten werden wissen, daß er auch ein ausgezeichneter Pianist ist und als Schüler des Franzosen Delibes auch in der Komposition Tüchtig gelernt hat. Als Geiger ist Kreisler das entsprechende Gegenstück zu Huberman; ist dieser der empfindungsreichste, so ist jener der

## Feuilleton.

### „Der Marquis von Reith“.

(Zur Erstaufführung des Neuen Deutschen Theaters am Samstag.)

Frank Wendekind, der fahrende Mann, hat sich nirgends so heimisch gefühlt wie im süddeutschen München und das aus einem Grundzug seines künstlerischen Wesens heraus. Denn wie seine Lyrik direkt vom Wankel und Schwindelhaftigkeit, so zweigt seine dramatische Technik unmittelbar, als es auf den ersten Blick scheinen mag, vom Wiener Volkstheater und im besonderen von Restrovich ab. Mit dem genialen Jnniker des Vormärz trifft er sich in der blendenden, oft sinnverwirrenden Kunst, das, was er sagen will, in einem Sprühfeuer von Aphorismen und Paradoxen in die Luft zu schleien. Ganz nach Volkstheaterbrauch spürt er jeden Charakter bis zur Frage auf einen beherrschenden Zug, jede Handlung auf einige bezeichnende Gesten zu, aber diese elementaren Linien wandelt er dann mit unerschöpflicher Komödiantenfrende bunt ab. Niemals gibt er „Notur“, sondern überall mit Bewußtheit Theater, Pompenbeleuchtung und Bühnengemäch — g teile Uebertreibung, und selbst darin leicht e Nestrov, daß seine Bilder aus Sumpf und Pfüge spätere Geschlechter bisweisen wie ein mit allem Hohn geähtes Nichteramt anmuten wollen. Wer genau hinhört, kann auch aus dem „Marquis von Reith“ anklaugende Töne die Menge vernahmen.

Hochstapler im Großformat und Uebermensch im Embryo, scheitert der Marquis geschäftlich an den Philistern, die er über den Köpfel barbieren will, im Liebesleben zur Hälfte an einer modernen Messalina, die von seiner Sinnenslust fort den Weg zum Manne mit dem Geldsack findet, und zum anderen Teil an seltsichten Weibchen, das der ewigen Heißhunger müde, sich im Stadtbach erkaufte. So schaut an Wahrheit der Aufstieg eines „Starken“ aus, wenn er die Schultern der anderen als Leiter für seine eigenen rüchlichen Söhnen benützen will, aber als echtes, von Moral unbeschwertes Kind des zwanzigsten Jahrhunderts fällt der Marquis wenigstens auf die Füße und wirft die schon zum Selbstmord erhobene Pistole fort, denn — „das Leben ist eine Rutschbahn“. Seine Triebe und Energien, die, ökonomisch verteilt, Duzende von Menschen höher emporführen könnten, verpuffen und verlobern, weil die Philisternwelt unserer Tage gar so erbarmlich ist, aber auch das gewissenhafte Verantwortlichkeitsgefühl hat in ihr keinen Raum. Es schrumpft zur Schwäche, zur närrischen Marotte zusammen und muß sich, wie Reiths Jugendsfreund Ernst Scholz, i. S. Trennhaus klüchten, um weiter leben zu können. Sich selber treu, im Kern echt bleiben kann im Hexenfessel der Gesellschaft niemand. Als jedes Symbol dafür wählt Wendekind die Dednamm, hinter welchen fast jede Gestalt der Komödie ihr bürgerliches Ich verbirgt. Abenteuerer und Animerdamen erscheinen als Barone und Gräfinnen, die Geliebte als Gattin,

den großen Umsatzzahlen der Verleger fließt tatsächlich ein Drittel in die Tasche des Sortimenters und, wenn viel, ein Zwanzigstel im Durchschnitt in die Tasche der angeblich „geförderten“ Dichter und Denker! Ein raffiniertes System von Feuerungsanschlägen, von Valuta- ausgleichungen u. dgl. ist nur geschaffen worden, um den Schöpfer nicht an dem aus seinen Werken fließenden Gewinn teilnehmen zu lassen. Denn die Verträge werden so ausgedeutet, daß ein garantierter Prozentanteil am Ladenpreis sich auf die verschiedenen Zuschläge nicht beziehe. Und dabei sind noch jene Schriftsteller, deren Honorar prozentuell festgelegt ist, zu den auserwählten, seltenen Glücklichen zu zählen. Die meisten werden vom Verleger mit einer lächerlich kleinen Verkaufsumme abgefunden und sehen ihre Arbeit von Jahren oft mit einem Püttelgeld bezahlt, welches der Sortimenter für hundert verkaufte Exemplare einsetzt. Im Kapitel Bücher und Ausbeutung nimmt die Bücherproduktion heute einen ersten Platz ein. Opfer sind die Verfasser und die Leser. Den Bauch streicht sich der druckende, verlegende und verschleißende Großhändler.

**Bücher statt Brot.** Eine Anzahl französischer Druckschriften in den zerstörten Gebieten ist von einigen englischen Städten „adoptiert“ worden, von Städten, die als freiebiege Poten in weitgehender Weise für die Bedürfnisse der Bewohner zu sorgen bemüht sind. Vor einiger Zeit nun schickte der Bürgermeister von Worcester dem französischen Städtischen Genan- court Lebensmittel und Baumaterial, und er erwähnte in dem Begleitbrief, daß er in kurzem dieser Sendung 1100 „Livres“ (Pfund) folgen lassen würde. Der gute Bürgermeister des französischen Städtchens dachte nicht einen Augenblick daran, daß ihm ein so überreicher Geschenk in den Schoß fallen könnte, er nahm vielmehr als selbstverständlich an, daß es sich um Bücher handle, ein Mißverständnis, das sich ohne weiteres daraus erklärt, daß „Livres“ ja im Französischen sowohl Pfund wie Buch bedeutet. „Da kann man wieder einmal sehen“, erklärte er seinem Sekretär, was für kuriose Käuze doch die Engländer sind. Sie schicken unseren armen Obdachlosen Bücher, just, als wenn wir nichts anderes nödiger bräuchten.“ Da er aber keine Wohlthäter nicht vor den Kopf stoßen konnte, so dankte er für die angekündigte Sendung und fügte nur die Bitte hinzu, daß man französische Bücher auswählen möchte. Nest war die Reihe, sich zu wundern, an dem Lordmajor von Worcester, der nichts anderes glaubte, als daß er falsch berichtet worden sei, da man ihm ja gerade die Bewohner von Genancourt als besonders hilfsbedürftig geschildert hatte. Er setzte sich hin und schrieb sofort an das zuständige französische Ministerium, wobei er in dem Brief seiner Verwunderung unter Darstellung des Falles Ausdruck gab. Die Untersuchung, die der Minister anordnete, klärte rasch das Mißverständnis auf und der Maire von Genancourt erhielt zu seiner Genugthuung anstatt der Romane, mit denen er nichts anzufangen wußte, ein stattliches Paket Banknoten, das zweckdienliche Verwendung fand.

**Gebet beteln, damit die Paffen goldene Mehrgewänder tragen können!** Der Dekant von Ronsperg hat im Gedenken an die bevorstehende Firmung den Wunsch nach einem neuen, goldgestickten Mehrgewand von der Kasse herunter geäußert und nun geht der christliche Frauenbund von Ronsperg beteln, um den Diener Gottes in kostbare Gewänder hüllen zu können. Eigentlich sollte man den Weibern und dem Pfaffen das Handwerk nach dem Gesetz vom 14. Mai 1885 legen, nach welchem

abgeklärteste Künstler seines Instrumentes. Paul Bender brachte in seinem Liederabend Schubert, Schumann und Brahms sowie zwei moderne Komponisten, Max Kowalski und Paul Gräner. Kowalski (Känne, — natürlich wieder einmal ein Pflus in der letzten Zeit Mode gewordenen Vierer-Lieder, — sind moderne groteske Musik in etwas populärer gehaltener Tonprache; in ihrer charakteristischen Festhaltung der verschiedenen Liedstimmungen durch ein scharf ausgeprägtes Thema oder Motiv verdienen sie Beachtung für die durch Wahl der gewiesene Richtung des modernen dramatisierten Liedstiles. Auch das Gräner'sche Lied „Der alte Herr“ offenbart eine ähnliche Richtung, zeigt aber mehr detaillierte Charakterisierung. Bender als Liederfänger offenbart wieder die ganze Größe seiner phänomenalen Stimme und Stimmkultur; indessen Lyriker ist er keiner, dabei gerät er, schwelgend in der Melodie, sogar in Unarten und zieht ganze Wortreihen hintereinander in einander.

Die „völlig tüchtigen“ Sonntag-Nachmittagskonzerte der Konzertdirektion Dr. Remane wurden in würdiger Weise fortgesetzt. Zunächst hörten wir den Leipziger Pianisten und Konservatoriumsprofessor Telemaque Lambro, der sein Programm zur Gänze Robert Schumann gewidmet hatte; Lambro spielte uns „seinen“ Schumann, außerordentlich plastisch und dabei doch poetisch. Die heimische Altistin Frau Prof. Dr. Dämse-Schannemann war der zweite vollkommene Gast in der Reihe dieser Konzerte; sie sang diesmal ausschließlich Hugo

Wolff-Lieder, und zwar meist weniger bekannte. Sie ist in ihrer erlebenden Vortragskunst eine der besten Liederfängerinnen nicht nur Deutsch-Prags, sondern des gegenwärtigen deutschen Konzertsaales überhaupt. Möge ihr als Gesangspädagogin an unserer deutschen Akademie der Tonkunst der gleiche Erfolg beschieden sein wie als nachschaffender Gesangskünstlerin!

Unter den zahlreichen außerordentlichen Konzerten, ist vor allem das Juristenkonzert zu gedenken, schon deswegen, weil es nach jahrelanger Pause wieder das erste seiner Art war; denn die Juristenkonzerte gehörten früher immer zu den bedeutendsten festlichen Ereignissen der Prager deutschen Konzertsaison. Diesmal trug das Konzert den Charakter eines Solistenkonzertes. Frau Merve-Milich erwies sich hierbei als zwar nicht überwältigende, aber trefflich gebildete Konzertsängerin; der Pianist des Abends Theodor Szanto (Paris?) hat enttäuscht. Technik tut's nicht allein in der Kunst, denn gerade hinsichtlich dieser haben wir dormalen eine ganze Menge gewaltiger deutscher Künstler zur Verfügung unserer Konzertsäle.

Werholte musikalische Eindrücke hinterließ das Wiener Fikner-Quartett mit einem Kammermusikabend, der neben Mozarts und Beethovens klassischer Quartettkunst auch ein Quartett des Geigers Fritz Kreisler als Erstaufführung für Prag brachte. Kreislers Streichquartett ist liebenswürdig, dankbare und schön geschriebene Musik, wie wir sie von diesem Geiger und tüchtigen

Musiker nicht anders erwartet haben, weniger aufregend als anregend, weniger philosophierend im modernen Sinne als empfindend; man merkt den Kern der französischen Schule des Liedes.

Hans Duhan sang Schubert. Ich kann es Duhan, diesem aus innerer Seele nachschaffenden und in seiner einzig bescheidenen Kultur des piano geradezu idealen Liederfänger nachempfinden, wie weh es tut, von einem undisciplinierten zusätkommenden Publikum aus der Stimmung gerissen zu werden und weiter-singen zu müssen.

1000 Waggons Oelkuchen und andere Fettstoffe zur Zeit des größten Mangels an Fettstoffen und Milch gekauft und diese Oelkuchen dann nach Deutschösterreich und Deutschland ausgeführt. Die Fettzentrale hat um einen Pappenstiel verkauft und die Firma hat über 5 Millionen verdient, von denen sie 1.204.000 K einflußreichen Faktoren ausgezahlt hat, die ihr dieses Geschäft ermöglicht haben. Es scheint, daß heute in dieser Affäre wiederum einflußreiche Faktoren arbeiten, welche bemüht sind, diese Wirtschaft in der Fettzentrale endgültig totzuschweigen. In einem zweiten Falle hat angeblich irgend ein unbekanntes Fräulein aus der Fettzentrale dem Herrn Rajman aus Bzlow, Erzeuger von Stiefelschmiere, drei Waggons Soda zugeteilt. Herr Rajman zahlte für den Wagon 7000 bis 8000 K und verkaufte ihn dem Fabrikanten Werfel um 35.000 K. Herr Rajman wurde dann wegen Wuchers gerichtlich verfolgt und zu drei Monaten Kerker verurteilt. In der Fettzentrale war aber alles in schönster Ordnung. Hauptankläger dieser Wirtschaft war der Oberbuchhalter der Fettzentrale Blasat, der wegen Ehrenbeleidigung verfolgt wurde. Buchhalter Blasat hat den Prozeß gewonnen, die Kerker haben jedoch Verurteilung eingelegt. Zur Verurteilung ist es bisher jedoch nicht gekommen. Das Gericht verlangt die Vorlage des Revisionsberichtes. Das Kontrollamt beruft sich jedoch auf das Amtsgeheimnis. Das ist ein politischer Justizstandal, und Redner appelliert an die Regierung, schließlich doch die Durchführung des Verurteilungsvorganges wegen angeblicher Ehrenbeleidigung zu ermöglichen. Redner begreift, daß der Staat manchmal seine Geheimnisse haben müsse, er könne jedoch nicht damit übereinstimmen, daß als Amtsgeheimnis die Korruption in der staatlichen Wirtschaft verstanden werden könne.

**Ueberfall eines Juges durch Eisenbahnräuber.** Mittwoch abends sprangen auf der Strecke Stauding-Stramberg in Mähren fünf junge Vurschen auf den fahrenden Zug und kletterten während der Fahrt bis zum Postwagen vor, wo sie sich auf das Trittbrett postierten, um im geeigneten Moment in den Wagen einzudringen und die Postfächer, unter denen sich unter anderem Wertbriefe im Betrage von 200.000 K befanden, zu rauben. Der diensthabende Postbeamte sah, als er ein verdächtiges Geräusch hörte, zur Türe heraus, um sich zu überzeugen, was vorgehe. In diesem Augenblicke feuerte einer der Vurschen einen Schuß gegen ihn ab, sodas der Beamte schwer verletzt aus dem Zuge fiel. Der im Postwagen anwesende Postdiener kletterte auf das Dach des Waggons und von da weiter bis zu einer Nothremse. Durch das Nothsignal gelang es, den Zug zum Stehen zu bringen, und nun begann eine Jagd auf die fünf Räuber, die inzwischen versucht hatten, den Postwagen auszuplündern, aber noch rechtzeitig verschweicht wurden. Zwei von den Vurschen entkamen, während drei festgenommen wurden. Sie heißen: Fritz Jankel, Alois Nech und F. Linhart, alle aus Reustitz. Die drei jungen Eisenbahnräuber wurden dem Gerichte eingeliefert.

**Aus der Strafanstalt entstrungen.** Gestern um drei Uhr nachmittags lehrten die Sträflinge von der Arbeit in der Ausbesserungsanstalt für Zäde in die Pantrager Strafanstalt zurück. Drei Sträflinge verspäteten sich absichtlich und

besten Segenswünsche auf der weiteren, hofentlich recht bald internationalen Bahn mitgeben!

Aus der großen Reihe der tschechischen Konzertveranstaltungen der ersten Novemberhälfte wollen wir diesmal nur das Konzert der tschechischen Philharmonie herausheben, das unter Talides Leitung die Uraufführung der symphonischen Dichtung „Adventus“ des tschechischen Konservatoriumsprofessors Jaroslav Rikla brachte, interessant für uns, vor allem aus dem Grunde, weil diese Komposition die Widmung eines tschechischen Tonkünstlers an einen deutschen Tonbildner darstellt (ohne etwa das Ergebnis gegenseitiger Protektion zu sein), noch dazu an einen, der jahrelang im Prager deutschen Musikleben eine führende Rolle gespielt hat: Das Werk ist nämlich Dr. Gerhard von Neuhler, dem ehemaligen Dirigenten und Reformator des Prager deutschen Sängereins und späteren Leiter der Hamburger Singschule, zugeeignet. Riklas Widmungswert ist klar, eindeutige Programm-Musik; thematisch und technisch durchsichtig, für unsere Atonalitätszeit fast unmodern in seiner stehenden Erfindung. Im Gegensatz der musikalischen Art der beiden durch diese Tonichtung verbundenen Musiker liegt eine geradezu groteske Ironie: Auf der einen Seite dem praktischen Erfolge rücksichtslos aus dem Wege gehende Musikphilosophie, auf der anderen urwüchsiges, spontanes und für den praktischen Gebrauch bestimmtes Musizieren. Edwin Janetschek.

als die Kasserer mit den übrigen Gefangenen weggegangen waren, stürzten sie sich auf den wachhabenden Soldaten, banden ihn, verstopften ihm den Mund und stellten das Schilderhaus, in dem sich der Soldat aufhielt, vor die Totenkammer, von deren Dach sie ins Freie gelangten. Die Flüchtlinge sind der Raubmörder Wenzel Marinec, der Raubmörder Jaroslav Peterkarska, die beide zu lebenslänglicher Kerkerhaft verurteilt sind. Der dritte Flüchtling ist der gefährliche Räuber Franz Kabetin, der wegen großer Diebstähle zu sechsjährigem Kerker verurteilt ist. Nach den gefährlichen Verbrechen wird eifrig gefahndet.

**Vom Schlachtfeld der Arbeit.** Gestern nachmittags wurden bei den Arbeiten in der Sandgrube des Josef Cerny der Ruscher Franz Kufhanek und Wenzel Kovar verschüttet. Die Leichen wurden noch in den späten Abendstunden geborgen.

**Einbruchsdiebstahl.** Samstag nachts brachen Diebe in den Gutshof Rubesch in Jobebitz ein, indem sie durch das Fenster traten und die Hüllungen in den Türen zu allen Zimmern ausschütteten. Die Diebe trugen eine Menge Wäsche und Kleidungsstücke, Schuhe und andere Sachen im Werte von über 50.000 Kronen davon. Nach ihnen wird eifrig geforscht.

**Anlässlich des Ablebens des Genossen Prof. Dr. R. D. Raudny spendeten:** Verband der Bank- u. Sparkassenbeamten R 150.—, Arnold Penckfeld 100 R, Hugo Behorlam 50 R, Dr. Armin Klein 20 R, Paul Weber 20 R.

**Denkschriftberichtigung.** In unserer sonntägigen Meldung über die wahrscheinliche Einladung Deutschlands zur Washingtoner Konferenz soll es heißen: „Präsident Harding habe gestern angedeutet (nicht angeordnet), daß Deutschland wahrscheinlich zur Abrüstungskonferenz eingeladen werden wird.“

## Spendenausweis

der Sammlungen des Arbeiterhilfsausschusses für Rußland.

Vom 7. November bis 11. November.

- Deutsche Genossenschaften: Tepitz R 50.—, Chotischau 125.—, Edentebahn 50.—, Raspenau 1000.—, Viebenstein 500.—, Ober-Adersbach 150.—, Gablonz 150.—, Neustadt 250.—, Steindorf 500.—, Bischofsheim 500.—, Jostau 300.—, Jägerndorf 1. Weitsch. 2500.—, Johannsberg 250.—, Wallern 50.—, Kaslan 423.20, Mähr.-Trübau 100.—, Raschendorf 70.—, Reichau 1215.—, Einsiedel 100.—, Rabi 200.—, Christof-Grund 200.—, Pordien-Schellen 100.—, Tragau 4700.—, Benjen 1000.—, Mähr.-Estrou 200.—, Ofeg 200.—, Deutschb. M. G. 25.—, R. G. Eintracht 178.20, Odrau 230.—, Schreienstein 320.—, Neubitz 500.—, Aullig 500.—, Rumburg 300.—, Oderberg Drahweck 1000.—, Briesau 270.—, Jägerndorf Eisenbahner 200.—, Rebdorf 100.—, Teichstatt 5000.—, Gornsdorf 180.—, Krumau 1000.—, Klein-Mohrau, Gleichheit 200.—, Groß-Schnau 400.—, Chodau 5500.—, Römerstadt 100.—, Hermannshütte 450.—, Groß-Waltersdorf 150.—, Aullig „Vorwärts“ 2000.—, Dessendorf 1400.—, Roditz 40.—, Froshwitz „Eintracht“ 200.—, Wagnitz 200.—, Teichstatt 400.—, Hohenbach 2000.—, Mies 200.—, Mäglitz 300.—, Oberlichtenwald 100.—, Ludig 300.—, Prachatitz 400.—, Pz 10.000.—, Haberspit 400.—, Petersdorf 42.—, Wiesen 150.—, Wankersdorf 100.—, Stadt Liebau 100.—, Strohitz 210.—, Korbarnenberg 300.—, Reichenberg „Vorwärts“ 2000.—, Dillmühl 75.—, Groß 50.—, Ludig 107.—, Josefthal 200.—, Wornsdorf 150.—, Neutischheim 2000.—, V. Veipa 2010.—, P. Köhren 100.—, Jopiau 1123.20, Wornwald 500.—, Niemes 873.—, Troppau 303.—, Weisterdorf 250.—, Arnau, Arbeiter 150.—, Pohlendorf 297.—, Bratislava 1610.—, Grobsh 100.—, Trzunic 2000.—, Bischofsheim 25.—, Wirtzenberg 500.—, Weitenfurt 191.—, Tachau 160.20, Weitenfurt 159.20, Trautenau 500.—, Arnsdorf 980.—, Bullendorf 200.—, Tissa 1000.—, Vennisch 50.—, Ronsperg 1450.—,

Tschau 1700., Großts 4888., Brotschütz 8100.15, Lignies 2000., Grulich 150., Arie-gera 77., Dohensdorf 300., Ennsberg 100., Fürstendorf 50., Wirtschendorf 1000., Steinsdorf 170., Grafendorf 50., Kuswarda 50., Lundenburg 105., Freudenthal 40., Lundenz 206., Limburg 76.50., Bischofsheim 25., Troppau 500., Prachowitz 55., Meidanau 100., Mähr.-Estrau 40., Reudorf 100., Gräfenberg 1100., Wallern 150., Teschen 500., Komotau 2000., Johannisberg 20., Groß-Triebun 20., Teplitz 2000., Dombol 85., Administ. d. Eisenbahnen, Aulitz 26.415., D. S. A. P. Oberpola 73., B. Hofman, Schwin-der, Neustadt 70., F. Copris, Lundenburg 20., Kreisverwaltungs-Komm. Mähr.-Schönberg 60., Bezirksorg. Leitmeritz der soz. dem. P. 14., Erg. Arbeiter-Ver. der soz. dem. P. 14., Allg. Konsumverein Mähr.-Schönberg 500., Konf. Spar- und Pauer. Betan 98., Arb.-Kl. G. Fr. Stadwerke, Witten 304.461., S. Witsch, Böbling, V. Wlanoschlag 24., Crechutovsch-berg der 1. und 2. soz. dem. Org. Smichow 40., Erg. sch. Zog. Novov 45., F. Stach, Sozialdem. pol. Org. Tribun 51., Sedlacz, Vertreter der 3. soz. dem. Org. Mähr.-Estrau 47., Arbeiter-Abt. „Veil“, Marienbad und Umg. 30., W. Haberzettl, Postelberg 158., Wamover, Wardenberg bei Raasdorf 20., Gebm.-V. Weichen-thal 75., Wohn- u. Paus.-Gen. der Eisenb.-Anst. Melnik 40., Allg. Arb.-Spart. Prag II, für R. Paula 20., Allg. Arb.-Spart. Prag II, 1000., Gemeindef.-Pausen. Subweis 100., Union der Fernarb. Turn-Teplitz 744.20., A. Munter, Pe-arschitz, Scherleinsdorf 1031., Beamte der Allg. Gen.-Bank Prag 500., Konf. und Spor-ten. Natons 200., Einl. für Postorn, König-grad 150., Pers. der Bezirksstrafkassa Poki-tan 150., Arb.-T.-V. Neu-Venat 600., Arb.-Arbeiterverein Wite 50., Zentr. der Arbeiter und Arbeiterinnen der Lebens- und Genussmittel-Industrie in der tschech. Rep., Vodenbo 2142.50., Sozialdem. pol. Org. Behan 40., Eichtz, Pohnsdorf, Meidanau 799.50., Konsum- und Sparverein Schenau, Schlesien — Arb. Lebens-Produktionsgen. für Schuh, Gablont 50., Va-letta, Witschowitz 10., Resz, Schmid, Dubce 144., Pausen-Sekretariat der deutschen Sozial- dem. Währen 350., Arbeiter-Abt.-Verein 200., Arb. der Chem. Anst., Elb-Abt. 19.907.87, Sozialdem. pol. Org. Anselm 174., Bezirksorg. Großts der deutschen Arbeiterpartei 252., Sozialdem. Sekretariat Bodenbach 2170., Verband der chem. Arb., Aulitz 31.761.26, Tsched-Nowakowen Budapest 297.20., Witsch., Miet-, Spar- und Pausen. Libuschin 50., Lebensmittel-verein Dubna 800., Sozialdem. Bezirksorg. Grulich 168., Johann Traub, sozialdem. Ver- treuer-Mann, Witschitz 78.83, Deutsche sozial- dem. Bezirksorg. Teplitz 2862.90, Dr. L. Moraw- fern, Mähr.-Schönberg 20., Max Raden, Mähr.-Schönberg 2202., V. Dornof, Kassier der Rechnungen. Natons 507.50, Produktiv- und Ein- kaufsgen. der Schneiderimpolles 168., Allg. Kaufmann. Chowneider 1000., Zentralkonsum- verein Natons 511., Gen. der Schneiderge- hilfen Elita bei Natons 50., Gen. der Pan- angestellten Prag-Mühle 20., Sta. der Be- amten und Arbeiter derselben Genossensch. 263., Gen. der tsch. Buchbinder, Prag 400., Prod.- Gen. der Metallarb. „Andrusow“, Prag 200., Arbeiter-Baderi Nachod 60., Gen. der tsch. Schneider, Subweis 20., Gen. für Haus- industrie, Minko 100., Gen. für Lederindustrie, Minko 1700., Rewa, Schuhmachergen. Costo- lomitz 200., Wäh. Volkspartei Prag 500., Melantrich, Gen. Unternehmen für graph. In- dustrie 3000., Wirtschaftsgen. Tropol 24., Wirtschaftsgen. Witschitz 25., Produktivgen. der Elektromotoren in Prag 500., Diko, Prod.- Gen. der Atmepumpe und Installateure 50., Zu- sammen 26.511.705.71. Siezu von der Vorwoche 26.500.171.22, im ganzen 3.941.976.97 tsch. Kr.

### Die Wahlen in Belgien.

Bei den am vorgangenen Sonntag in Belgien stattgehabten Parlamentswahlen hat die belgische Arbeiterpartei die weitaus größte Stimmenzahl auf sich vereint und sich also gegenüber den letzten Kammerwahlen im Jahre 1919 glänzend behauptet. Wenn sie dennoch einige Mandate verlieren dürfte, so ist das lediglich auf den Verteilungsmodus zurückzuführen.

Dieser Erfolg der belgischen Arbeiterpartei ist umso höher zu werten, als die bürgerlichen Parteien der Arbeiterpartei ihre Gesamtkraft entgegenwarfen und die Agitation gegen die belgischen Sozialisten mit einer bisher in Belgien kaum erlebten Schärfe führten. Durch den Zwischenfall in La Louvrière, wo bekanntlich der sozialistische Minister Ansele an einer großen Kundgebung der belgischen Arbeiter gegen den Krieg teilgenommen hatte, hatten die bürgerlichen Parteien gehofft, die Stellung der belgischen Arbeiterpartei erschüttern zu können. Sie hätten darum diese Gelegenheit kurz vor den Wahlen zur Sinausdrängung der sozialistischen Minister aus dem Kabinett benützt. Dieser Überfall ist den Bürgerlichen arg mißlungen, denn fast ungeschwächt kehrt die belgische Arbeiterpartei trotz verhältnismäßig schwacher Gegenwehr ins Parlament zurück. Ueberhaupt ist die Zusammensetzung der belgischen Kammer durch die Neuwahlen kaum verändert. Die Katholiken überflügeln die Sozialisten nur um wenige Mandate, während die drittstärkste Partei, die Liberalen, ihren bisherigen Besitzstand von 34 auf höchstens 37 Mandate erhöht haben dürften. Circa zehn Sitze fallen wie bisher bürgerlichen Sondergruppen zu. Völlig ausgeschaltet bleiben die Kommunisten, die nur lächerlich geringe Stimmensiffern zu verzeichnen haben.

Alles in allem zeigen die Wahlen, daß der rasche Aufstieg, welchen die belgische Arbeiterpartei in den letzten Jahren genommen hat, ein dauerhafter ist. Das ergibt sich auch schon aus der Entwicklung der 1920. Wählerliste, die noch im Jahre 1914 nur 129.000 Mitglieder zählte, ist sie heute auf 720.000 emporgeschwellt. Schon die vor zwei Jahren stattgefundenen Parla- mentswahlen haben der Partei einen beträchtlichen Sieg gebracht. Konnte sie doch damals ihre Mandate von 39 auf 70 erhöhen.

Die belgische Arbeiterpartei sieht sich nunmehr mit der Frage gestellt, ob sie ihre bisherige Koalitionsopolitik mit bürgerlichen Parteien fortsetzen oder ob sie in Opposition zum Bürger- tum treten will. Darüber soll ein zu Anfang Dezember einberufener Parteikonferenz be- stimmen. Auf jeden Fall sollten die Erfahrungen, welche die belgischen Sozialisten gerade ge- legentlich des Zwischenfalls in La Louvrière gemacht haben, nicht vergessen werden, denn damals herrschte in der Partei übereinstimmend die Ueberzeugung, daß das Vorgehen der bürgerlichen Parteien gegen die sozialistischen Mini- ster einem breitenangelegten tschischen Plane entsprungen ist, der darauf hinauszielte, die belgische Arbeiterbewegung zu zertrümmern. Die belgische Arbeiterpartei wird also zu bedenken haben, daß sie den Eintritt in die Regierung nicht nur mit der Preisgabe neuer entscheidender Forderungen, wie beispielsweise hinsichtlich der Herabsetzung der Militärdienstpflicht, sondern auch bisheriger Verwirklichungen erkaufen könnte. So führen die bürgerlichen Parteien seit langem einen jähen Kampf gegen den Achtstun- dentag, der unter allen Umständen beseitigt werden soll.

Im übrigen hat erst kürzlich auch Van der- veld einen Vertreter des „Avanti“ erkärt, daß er schon seit geraumer Zeit zur Auflösung gekommen sei, die Nachteile überwiegen die Vorteile der Koalitionsopolitik und daß er den Austritt seiner Partei aus der Koalition auch schon darum begrüße, weil er ein wesentliches Hindernis in der Wiedervereinigung des interna- tionalen Proletariats beseitigt habe. In der Tat weist er damit auf die tiefsten inneren Zu- sammenhänge zwischen Koalitionsopolitik und proletarischer Internationaler hin, und um die Unmöglichkeit einer Uebereinstimmung zwischen Koalitionsopolitik und internationaler proletari- scher Solidarität zu beleuchten, brauchen wir nur daran zu erinnern, daß die belgischen So- zialisten durch ihre Koalitionsopolitik gezwungen worden sind, den Vertrag von Versailles, diesen klarsten Ausfluß kapitalistischer Machtpolitik, gutzuheißen.

### Deutschland bereitet keine Revanche vor.

Es will Bürgschaften dafür geben.  
London, 28. November. (Funkpruch — Laurenzberg.) Im Zusammenhang mit Friands Erklärung auf der Washingtoner Konferenz, Frankreich erwarte von Deutsch- land eine Kundgebung, welche Frankreich die Abrüstung ermöglichenden würde, erwidert folgende Meldung des Berliner Korrespon- denten des „Daily Chronicle“ Aufmerksamkeit: Deutschland ist bereit, Bürgschaften gegen die Forderungen zu geben, daß es gegen seine Nachbarn eine Revanche vorbe- reite. Es wäre bereit, die Ernennung einer alliierten Spezial-Inspektionskommission in Deutschland zuzulassen.

### Konferenz von Washington.

Deutschlands Bereitschaft zur Teilnahme.  
Washington, 27. November. (Havas.) Den Blättern zufolge, teilte der deutsche Geschäfts- träger mit, daß Deutschland bereit sei, nach Washington eine militärische und wirtschaftliche Delegation zu entsenden, welche an den Ver- handlungen über das Problem der Abrüstung zu Lande und die Reparationsfragen teilneh- men würde.

### Bruderzwist der Hasburg- knechte.

Wien, 28. November. In der „Montagszei- tung“, dem Organe der österreichischen Monar- chisten, veröffentlicht deren bekannter Führer und Vertrauensmann des ehemaligen Kaisers Karl, Sektionschef Dr. Schager, in Form eines offenen Briefes an den magyarischen Abgeord- neten Julius Gombös. Er wirft Gombös Verrat vor, weil er sich in dem Augenblicke, als dieser bereits seine Demission überreichen und die Regierungsgewalt dem gegenwärtigen König Karl übertragen wollte, überredet habe, am Ruder zu bleiben, und hierdurch die Niederlage des ehemaligen Königs und dessen Auslieferung an die Sieger herbeigeführt habe. Gombös be- sinde sich, schließt Schager, in einem Irrtum, wenn er die Hasburgerbüchse für begraben halte: sie lebe und sei Gott sei Dank stärker, als viel- leicht einzelne verräterische Offiziere vermuten dürften. — In demselben Blatte veröffentlicht

ferner „kaiserliche und königliche Offiziere“ der österreichischen Monarchistenpartei ein offenes Schreiben an Julius Gombös, in welchem sie anführen, sie besäßen in ihren Händen Beweise über die verräterische Handlungsweise Gombös bereits seit der Zeit des Umsturzes im Jahre 1918.

### Die kleine Entente als Werk- zeug Frankreichs.

Gegen Rußland und Deutschland. — Ver- tretung im Obersten Rat.  
Paris, 27. November. (Havas.) Im „Eclair“ sagt Jacques Vardoux in einem Aufsatz über die tschechisch-polnischen Beziehungen u. a.: Die Schaffung der kleinen Entente ohne Polen bil- dete eine Gefahr für Polen, da es gegen Ruß- land, solange Polen in ihr nicht vertreten war. Die Tschechoslowakei, mit ganzem Herzen dem russischen Volke ergeben, kann die Stabilität der polnisch-russischen Beziehungen gewährlei- sten, die für eine friedliche Entwicklung Polens unentbehrlich ist. Dieses glückliche Anzeichen verwirklicht die französische Politik im Osten, da der Block von 80 Millionen der Ostliga eine sichere Gewähr gegen eine bolschewistische In- vasion in Polen und gegen den Anschluß Oester- reich an Deutschland bildet. Deshalb tritt Var- doux dafür ein, daß die Ostliga künftig auf der Vorkonferenz und im Obersten Räte ver- treten sei.

### Die englisch-französische Spannung.

Die englisch-französische Spannung.  
Paris, 27. November. (Tsch. P. B.) Dem „Echo d'Paris“ wird aus Washington gefeldet, die Rede Curzons habe dort wie eine Bombe eingeschlagen. Man habe darin einen Vorstoß gegen das bereits stillschweigend getroffene Abkommen erblickt, das Problem der Abrüstung zu Lande nicht ernstlich zu behandeln. Man glaube in Washington, Lord Curzon habe sich durch seine Rede die Möglichkeit vorbehalten wollen, Frankreich anzugreifen, falls die Kon- ferenz von Washington zu keinem Ergebnis führe und habe so den Sturm der öffentlichen Meinung, der dann gegen England entfiel, würt. Der vornherein auf Frankreich ablen- sen wollen. In der französischen Delegation verfeindete man sich nicht, daß jeder Versuch, die Debatte vom Mittwoch zu erneuern, die Zurückziehung der französischen Delegation zur Folge haben müsse. Die Strömungen, die auf der Konferenz herrschen, seien gegen Frank- reich gerichtet und dieses in die Defensive ge- drängt worden.

### Kiew vor der Kapitulation.

London, 28. November. (Neuter.) „Daily Mail“ meldet aus Helsingfors: Die Stadt Kiew von drei Seiten umzingelt, sieht vor der Kapitulation. Eine Armee von 60.000 Bauern befindet sich auf dem Vormarsch gegen Odeffa.

### Ein italenisch-türkisches Abkommen?

London, 28. November. Einer Erzhänge- lung aus Konstantinopel zufolge soll der ita- lienische Oberkonsul mit der national- istischen türkischen Regierung ein dem fran- zösischen Angoravertrage ähnliches Ab- kommen geschlossen haben.

### In Nacht geben.

Moskau, 26. November. (Funk.) In Moskau wurden in Nacht gegeben: 31 Unternehmungen der Metallindustrie, 17 Textil-, 25 chemische, 10 Holzbearbeitungs-, 33 Lebensmittel-, 16 Lederunternehmungen sowie 15 Druckereien und 32 Bäckereien.

### Die österreichischen Karrieren gegen die Arbeiter.

Wien, 26. November. (Tsch. P.) Die gestrige Jahreshauptversammlung des Niederösterrei- chischen Bauernbundes nahm eine Entschlie- ßung an, in welcher die Beseitigung der Grundsteuer, sodann im Interesse des Ausbaues einer voll- kommen freien und demokratischen Republik und der Sicherung der Freiheit für alle Par- teien die vollkommene Entlohnung der Arbeit- lerschaft gefordert wird. An den restlichen Ein- richtungen in Haus und Kirche dürfe nichts geändert werden.

### Der Streik um Angora und Cilicien.

Paris, 27. November. 116 Senatoren ha- ben in einem Brief an den Ministerpräsidenten ihrer Beunruhigung über die Folge des Ab- kommens von Angora Ausdruck gegeben. Auch beunruhigt der Gedanke einer zu raschen Räu- mung von Cilicien. Die Senatoren verlangen deshalb Schutz für die christliche Bevölkerung und die Sicherung der Rechte der Minderheiten, bevor die französischen Truppen Cilicien verlas- sen. Ein griechisches Zehlschiff hat sich nach Cilicien begeben, um britische Staatsangehörige meggulassen, welche das Land verlassen wol- len.

### Kleine Chronik.

Der Londoner November-Rebel. London, 28. November. (Laurenzberg.) Seit vier Tagen herrscht in London dieier Rebel, welcher nach Voraussage der Wetterstationen noch ein bis zwei Tage andauern wird. — Der Eisenbahn-, Tramway- und Omnibus-Verkehr war vor gestern stark gestört und die Ränge der Untergrundbahn kamen heute früh mit bedeu- tender Verspätung in London an. Der Rebel war namentlich gestern abend so dicht, daß die Omnibusse den Verkehr völlig einstellten mußten. Mit Ausnahme einiger kleinerer Zwischenfälle hat sich kein Unfall ereignet. Uebriens war der Rebel nicht nur auf London beschränkt, sondern auch zahlreiche Städte im innern des Landes und an der Küste hätten unter ihm zu leiden.

Schrecklicher Brand in einem Kino. London, 28. November. (Neuter.) In Newhaven (eine Hafenstadt am Südrand Englands) ist in einem Kino ein Brand ausgebrochen, der eine schreckliche Panik hervorgerufen hat. Visiert wurden 58 Personen in das Krankenhaus überführt. Es wird jedoch befürchtet, daß viele Zuschauer un- gekommen sind.

Französische Unterstützung der Wiener Univer- sität. Der französische Gesandte Lesèvre Ventale hat gestern dem Gouverneur der österreichi- schen Bank, Dr. Eppmüller, als Obmann des Finanzkomites der Aktion zu Gunsten der Wiener Universität den Betrag von 5000 Francs mit der speziellen Widmung für die Institute und Laboratorien der Universität zur Verfügung gestellt.

Ein Schiff für eine Krone. An der schwedischen Küste war vor einiger Zeit ein russischer „Eler-Pering“ auf Grund gestoßen und gesunken. Das Boot hat jetzt ein Loise für eine schwedische Krone gekauft.

Die ersten Heiratsschwindel-Inzerate. Der Pro- zess gegen den Frauenhändler gibt dem Vorfall „Eccellior“ Gelegenheit, daran zu erinnern, daß das Heiratssinzerat zum Zwecke der Anlodung leichgläubiger Opfer bereits auf eine zwei- hundertjährige Geschichte zurückblicken kann. Nach dem Pariser Mann war der Erfinder des Hei- ratsschwindelinzersats (natürlich!) ein Deutscher, der im Jahre 1732 in Hamburg eine Zeitung s- scheinen ließ, in deren Text die Heiratssinzerate einen breit bemessenen Raum einnahmen. Einige dieser Anzeigen zeichnen sich durch ihre Kurio- sität aus. So suchte beispielsweise eine 30jährige Frau, die zum vierten Mal Witwe war, einen gesunden und kräftigen Mann von 26 Jahren“. Dem zukünftigen Gatten wurde ein bequemes Wohlleben in Aussicht gestellt, das noch durch die Zusage verhöhet wurde, daß er zum Universal- erben eingesetzt werden sollte. Ein Droakt mit gutgehendem Geschäft suchte seinerseits zum Zweck der Ehe eine brünette, 20jährige Dame, die redegewandt sein sollte und außerdem zeich- nen und das Gambalo spielen mußte. Von Ham- burg aus fand die Neuerung ihren Weg nach London, und gegen Ende des 18. Jahrhunderts wurde in Paris in der „Comedie Jolienne“ ein Lustspiel unter dem Titel „Die seltsame Ehe- schließung“ aufgeführt, in dem ein Schwindler, der durch das Mittel des Heiratssinzerates zu Gelde kommen wollte, die Hauptrolle spielt. Im- munit der Schreckenzeit gelangte in Paris im Jahr 1790 die erste eigentliche Heiratssinzeratung zur Ausgabe. In dem Programm wird als Grund des Erscheinens der Wunsch ausgedrückt, die verheerenden Folgen, die die Ehescheu in Frankreich herbeiführen droht“, zu bekämpfen.

### Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Der Verbandstag der Bankbeamten. Am 26. und 27. November fand in Prag der zweite ordentliche Verbandstag des Verbandes der Bank- und Sparassenenbeamten in der tschecho- slowakischen Republik statt. Sämtliche Orts- gruppen des Verbandes hatten ihre Delegierten entsendet. Der hohen Bedeutung entsprechend, welche die Tagung für die Entwicklung der freigewerkschaftlichen Bewegung überhaupt be- saß, waren die Delegierten der Wiener und Berliner Organisationen und die Vertreter al- ler Klassenbewußten Angestelltengewerkschaften erschienen. Die Tagung wurde mit der Erstat- tung des Tätigkeitsberichts eröffnet, der nach einem entsprechenden Referate des Verbands- sekretärs Kollin einstimmig zur Kenntnis genommen wurde. Das Hauptprogramm bil- dete die Beratung des neuen Organisations- statuts, das nach dem Vorschlage des Vorstan- des es dem Verbands ermöglichen soll, nicht nur die Beamten, sondern auch die Stö- n- tisten der Geldinstitute zu organisieren. Diese unter dem Beifall der Versammlung angenom- mene Aenderung des Statuts ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil sie den ersten Schritt auf dem Wege zur Bildung einer Ein- heitsorganisation der Bank- und Sparassenenbeamten darstellt. Nur auf diese Weise kann dem im Szachoslovenisch auf einheitlich organisierten Bankkapital eine fest- gefügte Front der Angestellten gegenübergestellt werden. Am zweiten Verhandlungstage ergriff der als Gast anwesende Abg. Hirtsch das Wort zu einer beifälligen aufgenommene Begrüßungs- Ansprache, in welcher er auf die Bedeutung der Tagung hinwies und unter allgemeiner Aufmerksamkeit über die Annäherung der in den beiden Gewerkschaftskommissionen vertre- tenen Anwohlerverbände berichtete. Er ver- sicherte der Tagung, daß die Bewegung der Bankbeamten stets die Unterstützung der Ge- werkschaften finden werde. Nach durchge- führter Neuwahl des Verbandsvorstandes er-

